

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 23

Artikel: Bulgarische (Herbst-)Blätter
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093724>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bulgarische (Herbst-)Blätter

Europa hat in diesem Jahr den grössten Flüchtlingsstrom seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlebt und sich dabei nicht sonderlich aufgeregt. Nicht der anhaltende Auszug aus der DDR ist gemeint, sondern die Tatsache, dass sich Bulgarien eines Drittels seiner türkischen Bevölkerungsminderheit entledigte.

Das sind 300 000 Menschen. Das kommunistische Regime in Sofia spricht von «Touristen» und von «extremistischen Agenten im Solde der türkischen Regierung». Auf Einladung des offiziellen bulgarischen Komitees für Menschenrechte weilte eine Delegation der Internationalen Helsinki-Föderation (IHF/Wien) in der dritten Oktoberwoche in Sofia, um an Ort und Stelle die Gründe für diesen Massenauszug zu erfahren und sich nach dem Schicksal von politischen Gefangenen zu erkundigen.

Der Schreibende, der nach vierzig Jahren wieder in das Land seiner Muttersprache zurückkehrte, gehörte der Delegation an. Nachfolgende Zeilen sind sein «persönliches Protokoll» und haben nichts gemein mit dem offiziellen IHF-Bericht, der zu einem späteren Zeitpunkt in Wien veröffentlicht werden wird.

Offiziell gibt es in Bulgarien keine türkische, sondern lediglich eine muslimisch-bulgarische Minderheit, die sogenannten Pomaken. Diese Behauptung der bulgarischen Behörden ist ebenso wahr wie unwahr, wird sie in den allgemeinen balkanischen Kontext gestellt. Das heisst, auch die Regierung in Ankara stellt sich auf den Standpunkt, dass die Türkei ein reines Volk von Türken ist und keine Kurden oder Armenier auf ihrem Territorium leben. Gleichermassen streiten Athen und Bukarest die Existenz von bulgarischen beziehungsweise muslimischen Minderheiten ab, die – wie in Bulgarien – ein Erbe fünfhundertjähriger ottomanischer Herrschaft und – teilweise – nachfolgender Grossmächtepolitik um die Jahrhundertwende sind. Lediglich Jugoslawien, das sich als Vielvölkerstaat deklariert, kann heute seine muslimische, das heisst albanische Minderheit nicht wegleugnen.

Kurz, das Minderheitenproblem auf dem Balkan dürfte sich verschärfen, und zwar um so stärker, je heftiger die Winde des politischen Wechsels auch diese Region erfassen. Bis anhin versäumten es die Regierungen, sich an den Tisch zu setzen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Bulgarien ist Mitunterzeichner der (Menschenrechts-)Abkommen der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE). Es möchte besonders menschen- und bürgerrechtsfreundlich, zivilisiert dastehen und seinen Beitrag «am gemeinsamen europäischen Haus» leisten. Auch die Führung in Sofia spricht von «Glasnost» und «Preustroistwo», Offenheit und Umbau, aber bis anhin handelte es sich lediglich um Lippenbekenntnisse, um Kosmetik und nicht um echte Reformabsichten. Zwar beginnt sich Widerstand gegen das Regime zu manifestieren, aber im Vergleich zur Entwicklung in Polen, Ungarn und jetzt in der DDR geschah in Bulgarien wenig. Der Druck von aussen auf die bulgarischen Kommunisten – auch seitens der Sowjetunion –, Änderungen vorzunehmen und sich zu wandeln, ist grösser als jener von innen, das heisst seitens der nach wie vor inoffiziellen (nicht zugelassenen) Oppositionsgruppierungen.

«Bedauerlicher Irrtum»

Der stellvertretende Aussenminister, Ljuben Gotzeff, meinte aufgebracht und bitter klagend, dass «gewisse Kreise einen falschen Eindruck über Bulgarien im Westen verbreiten». Nach einem Exkurs in die Geschichte und dem Hinweis auf Bulgariens geopolitische und geostrategische Lage als Kreuzweg zwischen Asien und Europa meinte Gotzeff, «ohne Bulgarien passiert auf dem Balkan nichts!» Auf das Argument, dass das Ansehen eines Staates im Ausland gewissermassen die Projektion seiner (Un-)Taten sei, wollte der Minister nicht eingehen.

Gotzeff stellte kategorisch fest: «Es gibt keine türkische Minderheit in Bulgarien. Es existiert kein einziges offizielles Dokument in diesem Staat, in dem die Rede von einer türkischen Minderheit ist.»

Frühere öffentliche Äusserungen von Todor Schiwkoff über die Minderheiten in Bulgarien gelten nicht als offizielles Dokument. Jetzt, da der Partei- und Staatschef aller seiner Ämter enthoben worden ist, dürften seine Reden auch in anstehenden Prozessen gegen Dissidenten als Beweis, dass es doch eine türkische Minderheit gibt, hinfällig geworden sein.

Nach der Volkszählung im Jahre 1965 wurden in Bulgarien letztmalig getrennte Stati-

stiken über ethnische Minderheiten bekanntgegeben. Damals waren noch achthunderttausend Türken registriert worden. Die Regierungszeitung «Otetschestwen Front» («Vaterländische Front») hatte 1986 das damalige offizielle Eingeständnis des Vorhandenseins einer ethnischen Minderheit als «einen bedauerlichen Irrtum» bezeichnet. Schiwkoff pflegte von «bulgarischen Muslimen» zu sprechen. Bulgarien sei die «einzige Heimat» für die islamisierte Bevölkerungsgruppe: «Sie hat immer in Bulgarien gelebt, sie lebt und wird immer in Bulgarien leben.»

«Die Islamische Weltkonferenz lügt»

«Die Islamische Weltkonferenz lügt!» rief Ljubomir Popoff aus. Popoff ist ebenfalls stellvertretender Aussenminister und dazu Vorsitzender des Komitees für religiöse Angelegenheiten. Seine Äusserung bezog sich auf einen Bericht einer Delegation der Islamischen Weltkonferenz. Diese hatte unter anderem festgestellt, dass die muslimische Minderheit in der Tat verfolgt, in der Ausübung ihres Glaubens behindert und zu Namensänderungen gezwungen wird. Laut Popoff «ist es in Bulgarien eine alte Tradition, seinen Namen zu ändern». «Das geschieht beispielsweise alle fünf Jahre bei der Erneuerung der Identitätsausweise.» Und im übrigen seien muslimische Namen



«Sofioter Nachrichten». 18. 1. 1989.

Pomaken

Nirgendwo auf dem Balkan war die osmanische Herrschaft fester gegründet als in Bulgarien (bis 1878 bzw. 1908 türkisch), das im Vorfeld von Konstantinopel und somit im Herzen der türkischen Weltmacht lag. Als die Türken 1699 aus Ungarn verdrängt worden waren, wurde Bulgarien zur wichtigsten Etappe, nicht selten zum Kriegsschauplatz.

Eine Besonderheit des osmanisch beherrschten Bulgariens war die geschlossene Ansiedlung echter, das heisst anatolischer Türken in der Süddobrudscha und entlang der fruchtbaren Flusstäler der Maritza, der Struma und des Vardar. Der Übertritt slawisch sprechender Bevölkerungsteile – vor allem der niederen Schichten – zum Islam blieb als Massenerscheinung auf Bulgarien beschränkt. Diese sogenannten Pomaken im Rhodopegebirge zählten 1984 (offiziell) 821 000 Personen.

auf der ganzen Welt verschieden. «Ihre Information, wonach zwangsweise Namen geändert wurden oder werden, ist falsch!»

Ankara und die Araber

Der Grossmufti, Nedscha Gendscheff, schrieb den massenweisen Auszug der «muslimischen Bevölkerung» der «pantürkischen Propaganda» zu. «Unsere bulgarische Propaganda ist schwach: Es wurde den Leuten nicht klar genug gesagt, dass die Türkei kein Eldorado ist, dass dort Arbeitslosigkeit herrscht.» Ankaras Ziel sei es gewesen, von den arabischen Staaten und Westeuropa Finanzhilfe zu erhalten. Gendscheff fragte:

«Haben die Ausgereisten einen Dollar gesehen? Das Geld ging in die Tasche der Özal-Clique (des türkischen Präsidenten).»

Der Grossmufti versicherte, dass die Moscheen des Landes während der ganzen Woche zum Gebet offenstünden. Die Gläubigen würden in der Ausübung der religiösen Rituale, ihrer Sitten und Gebräuche nicht behindert und von den Behörden nicht drangsaliert. Was die Namensänderungen anbelange, «so haben die Ottomanen den Bulgaren ein schweres Erbe hinterlassen. Es ist ganz natürlich, dass Namen transkribiert werden. Mohammed ist auf türkisch Mechemet und auf bulgarisch Miran.» Und im übrigen schreibe der Glauben nicht vor, welchen Namen «man» zu tragen habe. Die Religion werde bei der Verwirklichung des «gemeinsamen europäischen Hauses eine grosse Rolle spielen».

«Pantürkismus»-Gespenst

Empört über die im Westen kursierenden «Greuelmärchen» betreffend die «Auswanderer» zeigten sich im Gespräch auch die Mitglieder der parlamentarischen Kommission für die Verteidigung der Rechte der bulgarischen Bürger. Der Westen habe die Ziele des «Pantürkismus» noch nicht realisiert. Ginge es nach der Regierung in Ankara, so müsste jeder Moslem automatisch Türke sein. Frage man einen Bulgaren, was er sei, so antworte er entweder «ich bin Bulgare, Orthodox oder Muslim», aber nicht Türke. Und kategorisch von einem Kommissionsmitglied: «In Bulgarien gibt es keine türkische Minderheit, hat es nie gegeben; hingegen haben wir bei uns Bulgaren, die gewaltsam während der Türkenherrschaft auf dem Balkan gezwungen wurden, zu konvertieren!»



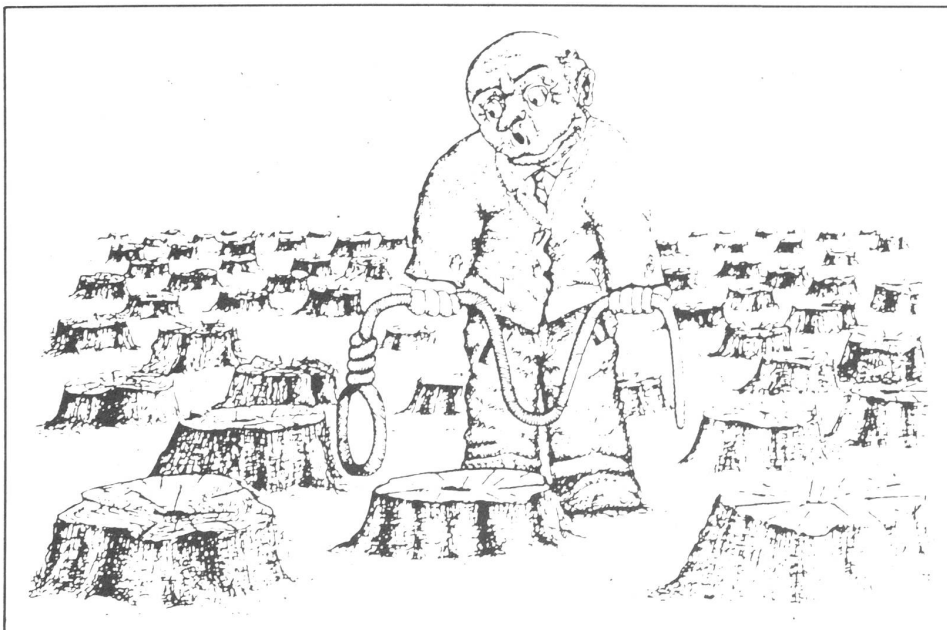
ZK-Gebäude in Sofia.

Überrascht zeigte sich die Kommission, dass es Inhaber bulgarischer Pässe gibt, in denen der Vermerk eingetragen ist «Turtschin» beziehungsweise «Turkina» (Türke/Türkin). Man werde zu prüfen haben, «ob es sich in diesen Fällen tatsächlich um ein offizielles Dokument der Volksrepublik Bulgarien handle». Und im übrigen sei es einem freigestellt, sich in Bulgarien frei zu bewegen, sich selbst an Ort und Stelle zu erkunden. In Bulgarien stünden grosse «demokratische Änderungen» bevor. Davon zeuge schon dieses Gespräch, dieser Dialog.

Prügel im Park

In der Tat, die Zahl der osteuropäischen Staaten, in denen Reform und Opposition noch Tabu-Wörter sind, wird kleiner. Rumänien und die Tschechoslowakei stehen immer isolierter da. Auch in Bulgarien beginnt sich Widerstand zu manifestieren. Anlass für das verstärkte Auftreten der bulgarischen Opposition war das dreiwöchige KSZE-Umwelttreffen (Ecoforum) in Sofia. Notgedrungen sahen sich die bulgarischen Behörden gezwungen, ein etwas liberaleres Image an den Tag zu legen. Es war gewissermassen ein zähneknirschender «Liberalismus».

Am 26. Oktober liess die dem Innenministerium unterstehende Miliz ihre Maske fallen, als sie im Zentrum von Sofia – im Park der Künstler – friedliche Demonstranten unter den Augen westlicher Journalisten und Ecoforum-Delegierter verprügelte und abtransportierte. Immerhin, man entschuldigte sich dafür. Man bat auch um Verständnis dafür, dass der Schreiber am gleichen Tage in einem Dorf des Piringebirges während



«Sofioter Nachrichten», 22. 2. 1989.

zweier Stunden «zum Zwecke der Überprüfung des CH-Reisepasses durch die Miliz» von einem «übereifrigen» Bürgermeister («Kmet») festgehalten worden war.

Die Erkundung in dem Dorfe galt den behördlicherseits zuvor versicherten Freiheiten: Kurz, die Moscheen sind, wenn überhaupt, den Gläubigen jeweils nur am Freitag für eine knappe Stunde zugänglich. Frauen, die ein Gesichtstuch, und Männer, die ein Käppi tragen, dürfen nicht mit den öffentlichen Bussen fahren. Familienväter klagen darüber, dass sie ihre Söhne nicht beschneiden lassen dürfen. Die Friedhöfe sind geschlossen. Wer einen Passantrag stellte, wurde zu militärischen Reserveübungen (45 Tage) aufgeboden, das heisst zum Steinklopfen in den Steinbruch abkommandiert oder ins innere Exil, fern seines Dorfes und seiner Familie, verbannt. Das gleiche gilt für Pomaken, die sich weigern, einen bulgarischen Namen anzunehmen. Tenor: «Wir wollen ausreisen, egal wohin, aber irgendwo, wo man uns unsere Namen wieder zurückgibt, wo wir frei unseren Glauben ausüben können!»

Nebenbei, eine solche Armut, ein solches Elend, eine solche Angst und Unterdrückung wie in den Pomaken-Dörfern hat der Schreibende weder in den israelisch besetzten Gebieten des Westjordanlandes und des Gazastreifens noch in Soweto bei Johannesburg während der schlimmsten Tage des in Südafrika nach wie vor geltenden Ausnahmezustandes angetroffen.

Schiwkoff prellt vor

Die Prügel im Park vor westlichen Augenzeugen dürften Todor Schiwkoff letztlich veranlasst haben, vorzuprellen. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis der bulgarischen Kommunisten veröffentlichten die Medien am 3. November, was Schiwkoff erst am 10. November auf dem Plenum des Zentralkomitees zu sagen gedachte. Auf dem Plenum wurde Schiwkoff jedoch anders beschieden und verabschiedet.

In seinem Bericht räumte Schiwkoff ein, dass die Reformen der vergangenen zwei Jahre fehlgeschlagen seien. Der Nachdruck müsse jetzt auf Veränderungen im politischen System und der Entwicklung einer «pluralistischen Ordnung» liegen. Schiwkoff versprach eine konziliantere Haltung gegenüber Regimekritikern.

Die Namen der inoffiziellen Organisationen sprechen Bände: «Klub für die Förderung von Perestrojka und Glasnost», «Eco-Glasnost» und neuerdings eine «Helsinki-Gruppe», die die Einhaltung der Menschenrechtsvereinbarungen von Helsinki (KSZE-Abkommen von 1975) überwachen soll: Solche Gruppen gibt es in 17 der 35 KSZE-Unterzeichnerstaaten (auch im Westen).

Mit Sicherheit haben die jüngsten Ereignisse in der DDR bei den bulgarischen Kommuni-

sten doch einigen Eindruck hinterlassen. Ost-Berlin und Sofia waren bis anhin gleichermassen wirkungsvoll beim Unterdrücken jeglicher Opposition.

Nach Ecoforum

Es stellt sich die Frage, ob die Ecoforum-Konferenz eine ähnliche Entwicklung in Bulgarien initiierte oder ob jetzt die Behörden, da die Delegierten heimgereist sind, erneut zuschlagen werden. Der neue Parteichef, Petar Mladenoff, dürfte darauf bald eine Antwort geben.

Während des Umwelttreffens sahen die Bulgaren erstmals Dissidenten, die bis vor kurzem noch Freiwild für die Miliz waren, Reden halten, auf Pressekonferenzen auftreten, Unterschriften sammeln und Agenten des allgegenwärtigen Staatssicherheitsdien-

stes in Streitgespräche verwickeln. Die Bulgaren wurden gewahrt, wie die Behörden die Dissidenten aus Sofia deportierten, um sie hernach – nach Protesten auf dem Umwelttreffen – wieder nach Sofia zurückzubringen. Und erstmals in den 45 Jahren kommunistischer Herrschaft in Bulgarien formierte sich eine nichtoffizielle, viertausendköpfige Protestkundgebung vor dem Parlamentsgebäude in Sofia, skandierte «Demokrazia, Demokrazia!».

Doch wird es kaum Demokratie in Bulgarien geben, solange nicht die «weissen Flecken» in der dunklen Geschichte der bulgarischen Kommunisten ans Tageslicht gebracht worden sind.
Jacques Baumgartner

Ein zweiter Beitrag wird folgen.



Alexander-Neviski-Kathedrale in Sofia.



Pomakendorf. (Alle Aufnahmen vom Autor)